

Zeichen der Zeit : der Börsensturz - eine Quittung für Reagan

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **81 (1987)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Der Börsensturz – eine Quittung für Reagan

Noch wissen wir nicht, als was der «Schwarze Montag» vom 19. Oktober 1987 in die Geschichte eingehen wird, ob als Signal für eine nur momentane Krise des Kapitalismus oder ob als Anfang von dessen (gewiss nicht kurzfristigen) Ende. Selbst wenn der Kurssturz an den Börsen nur vorübergehender Natur sein sollte, die nächste Krise käme bestimmt. Visionäre Vorfreude auf die Überwindung des Kapitalismus durch eine gerechte Gesellschafts-, ja Weltordnung mag trotzdem nicht aufkommen. Denn das Kapital wird versuchen, die gegenwärtige und jede künftige Krise auf dem Buckel der Schwächsten auszutragen. Wie immer! Wie lange noch?

Die Fakten

Die Fakten sind unmissverständlich: Am «Schwarzen Montag» sanken die Aktienkurse an der New Yorker Wall Street innert sieben Stunden um 610 Milliarden Dollar. Das ist das Anderthalbfache der Aussenhandelschuld Lateinamerikas. In der darauffolgenden Woche beliefen sich die *Verluste an den Weltbörsen* auf mehr als eine *Billion Dollar*. Zumindest auf dem Papier wurden so viele Werte vernichtet, wie die ganze Dritte Welt Schulden hat. Die Aktienkurse stürzten tiefer als 1929, dem Jahr vor der grossen Weltwirtschaftskrise.

Dem Tief war ein ebenso *beispielloses Hoch* vorausgegangen. In den letzten fünf Jahren hatte sich der Wert der Börsenpapiere weltweit von 2000 auf 8000 Milliarden Dollar gesteigert. Vor allem die Börsen New Yorks und Tokios schie-

nen sich in Spielkasinos verwandelt zu haben. «Ein richtiges Fest des mühelosen Reichtums!» schreibt der «Tages-Anzeiger» (31. Oktober). Noch nie hatten so viele Leute mit so wenig Arbeit soviel Geld «verdient». An der Londoner Börse kamen die «Yuppies», junge Geld- und Computermenschen Mitte zwanzig, auf sechsstellige Jahreseinkommen in Pfund. In der Wall Street ersetzten hochdotierte Ökonomen und Mathematiker mit spezialisierten Computerprogrammen den traditionellen Makler. «Financial engineering» stillte und beschönigte zugleich die Gier nach dem schnellen Reichtum.

So gross war der Börsenrausch, dass immer mehr kleine Anleger dazu übergingen, ihr Ersparnis in Aktien anzulegen. Wo das Ersparnis fehlte, waren Banken zur Stelle, um mit Krediten die Aktienspekulation weiter anzukurbeln. Kluge Financiers kamen auf die Idee, ganze Unternehmen aufzukaufen und sie sich durch den Gang an die Börse («going public») vom Kleinsparer bezahlen zu lassen. Auch konservativ regierte Staaten gingen dazu über, Staatsbetriebe durch Aktienemissionen zu reprivatisieren. Die Kapitaleinkommen ohne Arbeit sollten durch «Popularisierung» vom Ruch der Unmoral befreit werden. Der reissende Absatz, den die Aktien reprivatisierter Staatsbetriebe in Grossbritannien und in Frankreich fanden, schien den alten Traum vom *Volkskapitalismus* neu zu beleben. Dieser Traum einer spätbürgerlichen Alternative zum Sozialismus ist nun wohl endgültig ausgeträumt.

Die Fakten widerlegen die neokonservative Theorie. Sie sprechen für die Ethik.

Die Ursachen

Es gibt vordergründige Beschwichtigungsversuche, die besagen, durch den Sturz der Aktien seien nur die vorhergehenden *Preisexzesse* wieder korrigiert worden. US-Präsident Reagan selbst leistet dieser «Verharmlosung» Vorschub, sehr «zum Entsetzen seiner etwas sachverständigeren Umgebung», wie die NZZ (28. Oktober) in fast schon wohltuender Suffizienz schreibt. Bemüht wird auch das *psychologische Vokabular*, um das manisch-depressiv anmutende Auf und Ab an den Börsen zu «erklären». «Die Aktienbörsen werden im wesentlichen von Psychopathen bevölkert», meint Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt («Der Spiegel», 16. November).

Für andere Börsen-Exegeten sind die *Computer* schuld, die sich, den einmal eingegebenen Ablaufmodellen folgend, verselbständigt hätten. Als US-Finanzminister James Baker drohte, den Dollarkurs noch weiter absacken zu lassen, wenn die BRD ihre Wirtschaft nicht stärker ankurble, kam es an den Börsen tatsächlich zur «Kettenreaktion». Die Computer gaben in Sekundenschnelle Tausende von Verkauforders. Doch je mehr Aktien verkauft wurden, um so mehr sanken die Kurse. Und je mehr die Kurse sanken, um so mehr Aktien wurden verkauft. Die Broker mussten fassungslos zusehen, wie der Computer das Börsengeschäft beherrschte, das sie durch ihn zu beherrschen glaubten.

Diese vordergründigen Erklärungsversuche sind zwar nicht falsch, aber sie erreichen nicht die tieferen Ursachen:

Die spekulativen Übertreibungen an den Börsen hatten mit Milliarden von Dollars zu tun, die nicht mehr in Produktionsmittel investiert wurden, sondern zu einer *enormen Liquidität* anschwellen und weltweit nach immer neuen Anlagen suchten. Rund 2000 Milliarden werden heute zwischen den Finanzmärkten der

kapitalistischen Welt hin- und hergeschoben. Diese Milliarden kommen teils aus westlichen Wohlstandsländern und aus Japan, teils sind sie auf die Kapitalflucht aus lateinamerikanischen Staaten zurückzuführen, teils beruhen sie auf den Erlösen erdölexportierender Scheichtümer.

Und «pathologisch» ist nicht allein das Verhalten der Börsianer, sondern mindestens ebenso sehr eine Politik, die sich statt an den Grundbedürfnissen der Menschen an den Interessen der Spekulanten orientiert. Schon die *Steuersenkungen* der US-Administration von 1981 haben nicht neue Investitionen ausgelöst, sondern nur das Spekulationskarussell weitergedreht. Es liess sich eben an der Börse mehr Geld «verdienen» als mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch das europäische Kapital verhielt sich nicht anders: Hochverzinsliche Finanzpapiere aus Übersee waren attraktiver als Investitionen in neue Arbeitsplätze auf dem alten Kontinent. In der BRD zum Beispiel bildete sich in den Boomjahren 1982 bis 1986 ein Kapital von 105 Milliarden Mark. Davon wurden aber nur 25 Milliarden investiert, und die restlichen 80 Milliarden flottierten auf den Finanzmärkten. So konnten sich die Unternehmensgewinne verdreifachen, während die Löhne stagnierten und die Arbeitslosenquote praktisch unverändert blieb.

Auch die Computer haben den Kurssturz der Aktien nicht ausgelöst, sondern nur verstärkt. Die Signale für die Verkauforders kamen von den *gigantischen Defiziten* im Staatshaushalt und in der Handelsbilanz der USA von je etwa 160 Milliarden Dollar. Die Ursache dieser Defizite aber liegt in den «Reagonomics»: in einer Politik, die einerseits die Steuern zugunsten der Reichen kürzt, andererseits die Rüstungsausgaben in astronomische Höhen hinaufschraubt und sich das daraus resultierende Haushaltsdefizit erst noch durch Pump aus dem Ausland finanzieren lässt. Der Irr-

witz schien zunächst zu funktionieren. In den vergangenen fünf Jahren schaffte die US-Wirtschaft den längsten Aufschwung in Friedenszeiten. Doch früher oder später musste sich herausstellen, dass die amerikanische Hochkonjunktur nicht auf eigener Leistungskraft, sondern auf einer beispiellosen Schuldenwirtschaft gründete. Allein das letztjährige Budgetdefizit wurde fast zur Hälfte durch amerikanische Staatsanleihen im Ausland finanziert. Die Auslandsverbindlichkeiten der USA betragen Ende dieses Jahres 400 Milliarden Dollar. Die USA sind in nur fünf Jahren vom grössten Gläubigerland zum grössten Schuldnerland der Welt geworden.

Je stärker die Nachfrage nach der US-Währung wuchs, um so mehr stieg der *Kurs des Dollars*. Dadurch verteuerten sich die Exporte, während die Importe billiger wurden und rapid zunahmen. Zum Defizit im Staatshaushalt gesellte sich ein ebenso grosses in der Handelsbilanz. Anders als Reagan prahlte, war der hohe Dollar offenkundig kein Zeichen politischer und ökonomischer Stärke. Seit 1985 sah sich die US-Administration daher gezwungen, zusammen mit andern Regierungen der westlichen Industriestaaten den Dollar immer weiter nach unten zu drücken, selbst unter die Tiefstmarke der Carter-Ära, bis das Vertrauen in die Leitwährung der kapitalistischen Welt erschüttert war. Hinzu kam, dass sich das Handelsbilanzdefizit noch immer nicht verringerte, denn Warenströme sind kurzfristig nicht so leicht umzulenken wie das Finanzkapital.

Der Börsenkrach ist zur Bankrotterklärung für das Reagan-Regime geworden. Der «grosse Kommunikator» hat sich als der grosse Verführer erwiesen, der die wirtschaftlichen Realitäten verdrängte. Mit seiner Vorstellung von Amerika als gigantischer Traumfabrik hinterlässt er nun eine monströse Staatsverschuldung, die mit 2,3 Billionen Dollar höher liegt als diejenige aller bisherigen 39 US-Präsidenten zusammen.

Die Konsequenzen

Niemand weiss mit Sicherheit, wie sich die Konjunkturlage der kapitalistischen Weltwirtschaft weiterentwickeln wird. Bis heute ist noch jedem Kurssturz an den Aktienbörsen eine *Rezession* gefolgt. Nach dem «bisher grössten globalen Börsendebakel» (NZZ 24./25. Oktober) dürfte nichts anderes zu erwarten sein; zumal das Vertrauen in die westliche Supermacht erschüttert ist. «Amerika, das hat der Börsen-Crash nun auch dem letzten Reagan-Gläubigen verdeutlicht, ist das grösste Sicherheitsrisiko der Weltwirtschaft», schreibt «Der Spiegel» (2. November). Als grösstes Schuldnerland der Welt werden die USA auch nicht mehr über die Ökonomie der «Verbündeten» herrschen, von denen sie jetzt selber abhängig geworden sind. Auf «das Land der unbegrenzten Möglichkeiten» kommen Sparprogramme zu, wie sie die Reagan-Regierung heute den Drittweltländern aufzwingt. Die USA werden ökonomisch so sehr mit sich selbst beschäftigt sein, dass ihnen darüber hinaus die politische Führungsrolle zu entgleiten droht. Da können selbst Rüstungsprogramme wie SDI nicht weiterhelfen, denn sie werden sich nicht mehr finanzieren lassen. Für Amerika ist die Stunde der Wahrheit gekommen. Und diese hätte nach dem Alptraum, der Reagan hiess, etwas Befreiendes an sich, könnte sie nicht auch faschistischen Tendenzen in der amerikanischen Gesellschaft Auftrieb geben.

Selbst wenn die schwere Rezession ausbliebe, wären *weltsozialrechtliche Konsequenzen* unausweichlich. Zu labil ist die Weltwirtschaft geworden, als dass man sie weiterhin den Launen des «Kasino-kapitalismus» überlassen dürfte. Das international flottierende Finanzkapital muss der Kontrolle durch supranationale Organe unterstellt werden. Notwendig wäre eine *Weltzentralbank* zur Regulierung jener Geldströme, die sich der einzelstaatlichen Intervention entziehen.

Gleichzeitig müsste das unproduktive Finanzkapital in die *Dritte Welt* gelenkt werden. Es gehört zu den Paradoxien der gegenwärtigen Krise, dass eine ihrer indirekten Ursachen die Verarmung des Südens ist. Das heisst: Die Sättigung der Märkte des Nordens liesse sich durch Investitionen im Süden kompensieren, wenn die Drittweltländer von ihrer Verschuldung befreit würden. Dass ein solcher Schuldenerlass möglich wäre, hat als weitere Paradoxie wiederum der Börsenkrach gezeigt. Mit Vermögenswerten, wie sie seit dem 19. Oktober vernichtet wurden, wäre es möglich gewesen, die ganze Dritte Welt von ihrer Verschuldung zu befreien; zumal die Regierungen von Washington bis Bonn heute erklären, der Aderlass an den Börsen müsse nicht zu einer Wirtschaftskrise führen (während sie früher für den Fall eines Schuldenerlasses in gleicher Höhe noch das Gegenteil behaupteten). Die weitere und durch den Zerfall der Börsenwerte noch beschleunigte Verelendung der Drittweltländer kann nicht einmal das Kapital wollen, obwohl es vermutlich borniert genug sein wird, sie herbeizuführen.

Erloschen ist auch die Faszination von Reagans *Weniger-Staat-Parole*. Nach ihrer konsequenten Durchsetzung in den USA haben heute 20 Millionen Menschen nicht genug zu essen und 3 Millionen kein Obdach. Seit 1980 wurden die Ausgaben für die nichtmilitärische Forschung um 25 Prozent, die Subventionen für das Bildungswesen um 14 Prozent gekürzt. Auch die 9 Millionen neugeschaffenen Arbeitsplätze sind auf Sand gebaut, denn sie bieten nur unqualifizierte Jobs an und erst noch zu Löhnen, die teilweise unter der Armutsgrenze liegen. In den nächsten Jahren werden heftige Klassen- und Rassenkonflikte das kapitalistische Amerika erschüttern. Die Weniger-Staat-Parteien sind gewarnt, nicht nur in den USA.

Nicht weniger abgewirtschaftet hat der *Volkskapitalismus*. Viele kleine Anleger

haben ihr Ersparnis und damit ihr «Vertrauen in die Aktie» verloren. Sie versuchen nun in wilder Panik, die Papiere abzustossen, die sie eben noch unter dem Eindruck einer raffinierten Werbung gekauft haben. Vorgesehene Aktienemissionen werden «auf unbestimmte Zeit» vertagt, weil die Käufer fehlen. Auch die Reprivatisierungswelle in Frankreich, Italien, Grossbritannien, in der BRD und in Brasilien wurde von den Regierungen gestoppt. Nicht mehr länger lassen Arbeitnehmer sich durch Aktien ködern, um die Reprivatisierung gemeinwirtschaftlichen Eigentums zu akzeptieren. Der «Volkskapitalismus» ist auf dem Trümmerhaufen des «Schwarzen Montags» gelandet. Diese Lehre aus dem Börsenkrach wäre auch von jenen «sozialistisch» oder «sozialdemokratisch» sich nennenden Parteien zu beherrzigen, die bereits auf dem Sprung waren, der neokonservativen Reprivatisierungs-ideologie positive Seiten abzugewinnen.

Das Kapital selbst wird die nötigen Konsequenzen nur unter dem Zwang der Fakten ziehen. Ein entscheidendes Faktum könnte dabei die Haltung der Gewerkschaften sein. Schon verkündet der Direktor des schweizerischen Arbeitgeberverbandes, die Börsenkrise müsse bei den kommenden Lohnverhandlungen berücksichtigt werden. Die Arbeitnehmer sollen offenbar dafür bezahlen, dass Milliarden von Franken nicht in die Arbeitswelt, sondern in die scheinbar lukrativeren Finanzmärkte geflossen und dort geplatzt sind. Das ist Klassenkampf «von oben». Das ruft einer neuen *Solidarität* «von unten», einer, die den «sozialen Frieden» nur mit denen schliesst, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, bei uns wie in der Dritten Welt.